



Grünes Bulletin

Ausgabe Nov/Dez. '84

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG informieren:

Faschismusvergleiche: Schlechtes Gewissen oder eine Kampagne Geißlers?

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG diskutierten mit Gästen über Nazi-Vorwürfe



Foto: Richard Schupp-Wolberg

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat am 3. Dezember drei Stunden lang in sachlicher Atmosphäre über Äußerungen von CDU/CSU/FDP-Politikern diskutiert, mit denen die GRÜNEN in die Nähe von Nationalsozialisten oder Kommunisten gerückt wurden. In der Sondersitzung der Fraktion nahmen als Gäste auch Bundestagsvizepräsident Heinz Westphal (SPD), die SPD-Abgeordneten Ernst Waltemathe und Dietrich Sperling sowie Hildegard Hamm-Brücher von der FDP teil. CDU/CSU-Politiker waren der Einladung nicht gefolgt. GRÜNEN-Fraktionssprecherin Antje Vollmer hatte für die Sitzung eine Zusammenstellung der »gesammelten Nazi-Vergleiche« von CDU-, CSU- und FDP-Politikern aus Protokollen der Bundessitzung vorgelegt, darunter die
(Fortsetzung Seite 2)

Inhalt: S. 3 Flick-Debatte • S. 6 »Geld beschaffen für mehr Waffen« • S. 7 Verbot der Weltraumrüstung gefordert • S. 9 Verkabelung und neue Medien: Triviale Kultur • S. 12 Chemische Waffen in USA • S. 14 Neuordnung der Gemeindefinanzen •

Die Bundestagsfraktion der Grünen diskutiert am 3.12.1984 über Vorwürfe von CDU/CSU/FDP-Politikern, mit denen die Grünen in die Nähe von Nazis oder Kommunisten gerückt wurden.

«Ein atomares Auschwitz»: Die Lehren der Geschichte und der Streit um die Nachrüstung¹

Während der Bundestagsdebatte zur Nachrüstung – der Stationierung von Pershing- und Cruise-Missile-Mittelstreckenraketen in Europa – im November 1983 beriefen sich Mitglieder des Bundestages (MdBs) von CDU/CSU auf deutsches Leiden während und nach dem Zweiten Weltkrieg, nämlich an der Front, bei den Bombenangriffen auf deutsche Städte und bei der Vertreibung aus den Ostgebieten. Sie benutzten dabei das Argument, dass die Raketen die beste Möglichkeit darstellten, eine Wiederholung solcher Zerstörung zu vermeiden. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach von den unzähligen Deutschen, die Schlimmes erlebt hatten, «am eigenen Leibe, in ihrer Familie, in ihrem Freundeskreis»². Die Grünen-Abgeordnete Christa Nickels bezog sich in ihrer Rede auf diese Schilderungen von Kriegserfahrungen und brachte auch eine kurz zuvor gefallene Äußerung Bundeskanzler Kohls in Erinnerung, er brauche Hiroshima nicht zu besuchen, da er schon aufgrund der Bombenangriffe auf Dresden und Hamburg wisse, was Krieg heiße. Doch verwarf Nickels diese Geschichten vom deutschen Leiden nicht einfach. Stattdessen zeigte sie Verständnis für die Redner und nutzte ihre Erfahrungen, um atomare Abrüstung zu vertreten: «Ich glaube, dass Sie die Hölle erlebt haben. Ich teile diese Meinung. Das, was sie nicht gelernt haben, aber – das, was diesmal neu ist –: es gibt eine Steigerung der Hölle».³

Dieser Austausch offenbart einige der vielen und komplexen Wege, auf denen die Nazivergangenheit in den außenpolitischen Debatten in der Bundesrepublik vorkommt, darunter einige, die nicht mit den gängigen Beschreibungen der nachkriegsdeutschen Erinnerungslandschaft in Übereinstimmung zu bringen sind.

Diese Arbeit erörtert die sich verändernde politische Bedeutung des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust in den 1980er Jahren anhand zweier wichtiger Bundestagsdebatten des Jahres 1983: dem Streit zwischen Heiner Geißler von der CDU und Joschka Fischer von den Grünen im Juni und Juli und der Abstimmung über die Nachrüstung im November – dies alles vor dem Hintergrund der nationalistischen Wende nach dem Regierungswechsel 1982, illustriert durch das Debakel von Bitburg 1985 und den Historikerstreit 1986. Sie zeigt, dass es in dieser Periode teilweise zu neuen Übereinstimmungen zwischen linken und rechten Bewertungen der Rolle der Nazivergangenheit in der deutschen Außenpolitik kam, da die Rechte begannen, einen moralischen Anspruch sowohl auf Basis der Lehren aus Auschwitz als auch der aus München zu erheben. Währenddessen begannen die Realos unter den Grünen sowohl die Westbindung⁴, also die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft, als einen wichtigen Bruch mit der Nazivergangenheit zu betrachten als auch die konservative Definition eines neutralen Deutschlands

außerhalb der NATO als Wiederaufleben eines gefährlichen deutschen Sonderwegs zu akzeptieren.⁵ Diese Arbeit zeigt weiter, dass der Streit um die Nachrüstung ein oft abstraktes Verständnis der Nazivergangenheit bei den Grünen enthüllte, in dem sowohl die Metapher vom Holocaust als auch die Erinnerung an den Bombenkrieg benutzt wurden, um die Gefahren eines potenziellen Atomkrieges darzustellen. Dieser undifferenzierte Umgang mit der Vergangenheit machte Mitte der 1980er Jahre einem konkreten Fokus auf die spezifischen Opfer und Täter des Nationalsozialismus und des Holocaust Platz. Diese Entwicklung kam, als die Grünen versuchten, sich gegen die konservative Regierung Kohl abzugrenzen, die sich auf nationalistische Elemente in der Union und der Wählerschaft (wie etwa die Vertriebenenverbände) stützte und die Naziverbrechen zu relativieren suchte. Die Entwicklung stand auch im Zusammenhang mit einer generell gestiegenen öffentlichen Wahrnehmung des Holocaust und mit den Argumenten der Realo-Fraktion innerhalb der Grünen.

Diese Welt vor ihrer endgültigen Zerstörung retten

Die Grünen entstanden zu einer Zeit, als die beiden Supermächte ungefähre Parität in strategischen Atomwaffen erreicht hatten und die Vereinigten Staaten über keine glaubwürdige Drohung mehr verfügten, mit der sie Westeuropa hätten verteidigen können. Einige NATO-Atomstrategen begannen, Konzepte vom «eingeschränkten» Atomkrieg in Europa zu formulieren. Mit dem «Doppelbeschluss» vom Dezember 1979 beschloss die NATO, Cruise-Missile- und Pershing II-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren, sollte die Sowjetunion sich weigern, ihre SS-20-Mittelstreckenraketen aus Osteuropa zurückzuziehen. In der Bundesrepublik erzeugte dieser Beschluss «spürbare Angst vor einem Atomkrieg», da Millionen von Bürgern die Pershings und Cruise Missiles als Waffen für einen atomaren Schlagabtausch beiderseits der deutsch-deutschen Grenze ansahen.⁶ In diesem Klima atomarer Angst übernahmen die Grünen E.P. Thompsons Konzept des «Exterminismus» und sprachen davon, dass sowohl die Zerstörung der Natur als auch die wachsende Gefahr eines Atomkriegs eine exterministische Logik zeigten.⁷ Sie sahen sich selbst als Teilnehmer einer «Revolte des Lebens gegen eine Welt voller Tod».⁸

Dieses Klima spiegelte sich in dem grünen Verständnis der Bedeutung des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust für die Außenpolitik. Sie bezweifelten, dass die Regierungen der Welt, die immer mehr Waffen der Massenvernichtung produzierten, die Lehren aus der deutschen Geschichte gelernt hatten,⁹ und stellten einen Atomschlag als viel schlimmer dar als alle Bombenangriffe auf deutsche Städte während des Zweiten Weltkrieges, als das Resultat einer inhumanen Modernität, ebenso wie Auschwitz, nur mit dem Vielfachen an Opfern, oder als das nächste Hiroshima, mit Europäern und insbesondere Deutschen als den anvisierten Opfern. In ihrem Bundestagswahlprogramm von 1983 forderten die Grünen unilaterale Abrüstung für Deutschland «in Erinnerung an die Schrecken des II. Weltkrieges, die» im Falle einer atomaren Konfrontation zwischen den Supermächten «übertroffen werden würden»¹⁰. Am vierzigsten Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto veröffentlichten sie eine Pressemitteilung, die «die Opfer des deutschen Antisemitismus» betrauerte und über die aus dem Holocaust entstehenden Verpflichtungen reflektierte. Diese Verpflichtungen waren teils sehr spezifisch – die Grünen verurteilten die Tendenz, die Nazivergangenheit zu verdrängen, da sie zu unzureichender

Bestrafung der Täter und zur Ablehnung der Forderung nach Reparationen geführt und neuen Rechtsextremismus ermöglicht hatte – und sehr generell: in Erinnerung an den Holocaust hatten die Grünen es sich «zur Aufgabe gemacht, diese Erde vor ihrer endgültigen Zerstörung, sei es durch Krieg oder durch Naturzerstörung, zu retten»¹¹.

1985 schrieb Bundesvorstandsmitglied Norbert Kostede in einem offenen Brief an die Sozialdemokratische Partei (SPD) zum Jahrestag des 8. Mai 1945, der 8. Mai verpflichtete beide Parteien auch dazu, nicht blind zu sein «gegenüber dem Notstand, gegenüber den Bedrohungen und zerstörerischen Projekten unserer Zeitgeschichte». Grüne und Sozialdemokraten würden «nur dann der, historischen Lehre' gerecht sein», wenn sie ihre «enge, intime Beziehung zu der Tagespolitik verstehen!» – die aktuellen Bedrohungen seien nicht der «Faschismus», sondern die Aufrüstung und die Zerstörung elementarer ökologischer Lebensgrundlagen. Kostede schloss, Max Horkheimer zum Thema Faschismus wiedergebend: «Wer von unserer gemeinsamen Verantwortung für eine neue Politik nichts wissen will, der sollte von der, historischen Lehre des 8. Mai', der sollte von Auschwitz und den Schrecken des Weltkrieges schweigen.»¹² Die Grünen stellen ihre eigene Opposition zu Atomwaffen als Widerstand in der Tradition des Widerstands gegen die Nazis dar, nur als eine noch dringlichere Aufgabe.¹³ Auf dem von der Partei 1983 veranstalteten «Nürnberger Tribunal gegen Erstschlags- und Massenvernichtungswaffen in Ost und West» richteten Petra Kelly und Hermann Verbeek einen Aufruf an die Bürger der Bundesrepublik zu «gewaltfreiem Widerstand und zivilem Ungehorsam (...) stärker und weiterreichend als alles, was die Welt je zuvor erlebt hat. (...) Nie wieder wird man sagen können 'Wir haben von nichts gewusst'.»¹⁴

Während die Grünen ihren Widerstand gegen die Raketenstationierung in der antifaschistischen Tradition verorteten, als deren politische Erben sie sich sahen, stellte ihre Rhetorik während des Kalten Krieges – in der Parole «Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg» zusammengefasst – einen Zusammenhang zwischen Pazifismus und Antifaschismus her, der später vielfach als ahistorisch beschrieben wurde.¹⁵ Zum Beispiel schrieben die Fraktionssprecherinnen Antje Vollmer, Waltraud Schoppe und Annemarie Borgmann 1985 in einem offenen Brief an den Kanzler, dass «die Ökologie- und Friedensbewegung in der Tradition des Antifaschismus stehen und alles daran setzen, Gewaltfreiheit zum ersten Mal in Deutschland zur tragenden Säule einer ganzen politischen Bewegung zu machen»¹⁶.

Die Nachrüstung

Das zentrale Thema der Friedensbewegung war die Opposition zum NATO-Doppelbeschluss von 1979, der vom damaligen Kanzler Helmut Schmidt unterstützt wurde, aber die SPD spaltete. In den Jahren 1980-81 entstand eine europaweite Friedensbewegung, deren erste Massendemonstration in der Bundesrepublik im Oktober 1981 stattfand. Die Phase der maximalen Mobilisierung dauerte von da an bis zum November 1983, als die konservative Mehrheit im Bundestag der Stationierung zustimmte. Die ganze Zeit über stellten die Grünen sich als der parlamentarische Arm der Friedensbewegung dar.

Im Juni und Juli 1983 kam es zu einem erregten Streit mit CDU-Generalsekretär Geißler und dem Grünen MdB Fischer als den Hauptprotagonisten über die «Lehren

aus der Geschichte». Sie zeigte eine tiefe Kluft zwischen Links und Rechts in der Erinnerung an den Holocaust. Wie Jeffrey Herf erläutert, wurde bei den Linken die Erinnerung an den Holocaust in Antimilitarismus übersetzt, während für bundesdeutsche Konservative «die Erinnerung an die Nazizeit weniger auf Auschwitz gerichtet [war] als auf den Versuch, Parallelen zu sehen zwischen Appeasement gegenüber den Nazis in den 1930ern einerseits und ‚Appeasement‘ gegenüber der Sowjetunion in den 1980ern in Form von Opposition zu den NATO-Stationierungen (...)»¹⁷. Herf beschreibt diesen Streit als den am bittersten geführten in der gesamten Auseinandersetzung um die Nachrüstung: «Diese Bitternis hatte sehr viel damit zu tun, wie die Erinnerung an und die Auswirkungen von Auschwitz, aber auch die von ‚München‘, von der modernen westdeutschen Politik verarbeitet wurden. War der Holocaust möglich gemacht worden durch die instrumentale Rationalität der Moderne oder durch das Appeasementdenken, das zum Münchener Abkommen geführt hatte?»¹⁸

Die Geißler-Fischer-Debatte wurde ausgelöst durch ein Interview mit Fischer und seinem Grünen-Fraktionskollegen Otto Schily aus dem sozialdemokratischen Teil des grünen Spektrums. Während des Interviews stellte *Der Spiegel* die Behauptung der Grünen, mit ihren Anti-Raketen-Demonstrationen ihr Widerstandsrecht auszuüben, in Frage, weil das verfassungsgegebene Recht auf Widerstand nur für ernstere Situationen, wie etwa dem Ermächtigungsgesetz und dem Holocaust, gelte. Schily erwiderte, dass der Atomkrieg eine ebenso ernste Sache ist: «Wenn Europa an den Rand eines Atomkrieges gebracht wird, bedroht uns ein atomares Auschwitz. Darum ist gewaltfreier Widerstand gerechtfertigt.» Als er gefragt wurde, was organisierter Massenmord mit einer fragwürdigen Waffenpolitik zu tun habe, antwortete Schily, dass der schlimmste Fall «vielmal» so schlimm sei wie Auschwitz. Später machte Fischer eine Bemerkung, die ein durch die Theorien Horkheimers und Adornos geprägtes Verständnis des Holocaust zeigte, die den Holocaust als zentrales Element des deutschen Faschismus betrachtet, aber universale Fragen der Modernität und Technologie hervorgehoben hatten, um ihn zu erklären: «Es ist sicher richtig, die Einmaligkeit des Verbrechens, das die Nationalsozialisten am jüdischen Volk begangen haben, nicht mit schnellen Analogieschlüssen zu überdecken. Aber ich finde doch moralisch erschreckend, daß es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz, noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten – diesmal nicht entlang der Rassenideologie, sondern entlang des Ost-West-Konflikts. Da analogisiere ich nicht mit Auschwitz, aber ich sage: Auschwitz mahnt eigentlich daran, diese Logik zu denunzieren, wo sie auftritt, und sie politisch zu bekämpfen.»¹⁹

Geißler ging in einer Debatte über den Doppelbeschluss am 15. Juni auf diese Äußerung ein. Seine Bemerkungen versetzten den Bundestag sofort in Aufruhr, und die Grünen, die SPD und einige Mitglieder der FDP forderten ihn dazu auf, sie zurückzunehmen; zwei Wochen später wurde eine Sondersitzung abgehalten, um über einen Antrag der SPD auf Entlassung Geißlers als Minister für Jugend, Familie und Gesundheit abzustimmen. Mit Bezug auf das *Spiegel*-Interview hatte Geißler gesagt, Fischer habe unzulässigerweise ein «zweites Auschwitz» mit «unserer Verteidigungspolitik und der Politik der atomaren Abschreckung» in Verbindung gebracht. Vor allem aber stellte Geißler die Behauptung auf, das «schreckliche und mörderische» nationalsozialistische Regime sei nicht möglich gewesen ohne die Schwäche

der westlichen Demokratien, und verglich die britische und französische Appeasementpolitik mit der zeitgenössischen Anti-Atom-Bewegung: «Herr Fischer, ich mache Sie als Antwort auf das, was Sie dort gesagt haben, auf folgendes aufmerksam. Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.»²⁰

Mit dieser Bemerkung, schreibt Herf, «stieg die politische Temperatur bis zum Siedepunkt»²¹. Alfred Dregger vom nationalistischen rechten Flügel der CDU verteidigte Geißler. Dregger bezeichnete die Bemerkungen Fischers als «eine unglaubliche Unverschämtheit», welche «die Massenmörder von Auschwitz und die demokratischen Regierungen, die sich darum bemühen, den Frieden und die Freiheit ihrer Völker zu erhalten», auf eine Stufe stellten. Dregger gab zu, dass nicht die Pazifisten, sondern Antisemitismus, Faschismus und Nationalsozialismus für Auschwitz verantwortlich waren, aber er stellte erneut fest, dass Hitler ohne den Pazifismus der 30er Jahre nicht ganz Europa hätte unterwerfen können.²² Andere Redner verurteilten Geißlers Äußerungen, wobei sie eine Reihe unterschiedlicher Argumente entwickelten. Viele argumentierten, Appeasement und Pazifismus seien zwei verschiedene Dinge. Schily und Gert Weisskirchen (SPD) etwa bestanden beide darauf, dass Geißler den klaren Unterschied zwischen dem sozialistischen Pazifist Carl von Ossietzky, der im Konzentrationslager umkam, und dem Architekten der Appeasementpolitik Neville Chamberlain anerkannte.²³ Ernst Waltemathe (SPD) fragte, ob seine pazifistischen Verwandten, die in Auschwitz vergast wurden, an ihrer Ermordung selber schuld waren.²⁴ Hartmut Soell (SPD) war der Ansicht, dass die Position Geißlers Hitler von Schuld reinwasche, und Hildegard Hamm-Brücher (FDP) fragte, was der Pazifismus mit dem Judenhass in Deutschland zu tun hatte.²⁵ Wolfgang Mischnick (FDP) bat Geißler, keinen Zusammenhang zwischen pazifistischen Einstellungen und der Judenverfolgung zu schaffen,²⁶ und Hermann Scheer (SPD) fand, dass es Deutschland gut getan hätte, wenn es in früheren Jahrzehnten «mehr Pazifisten als Nazis and Militaristen» gehabt hätte.²⁷

Kelly wies für die Grünen darauf hin, dass Fischers Wortwahl nicht neu war. Sie fragte Geißler, ob ihm bewusst sei, dass der amerikanische Erzbischof Hunthausen die Phrase «atomares Auschwitz» verwandt hatte, und erklärte, dass die Demonstranten gewaltlosen Widerstand übten gegen das, was sie (wieder Hunthausen zitierend) als «das Auschwitz der Menschheit» sahen.²⁸ Schily sagte, er verstehe die Bedenken von Abgeordneten der CDU/CSU gegen die Verwendung des Wortes «Auschwitz» im Zusammenhang mit atomarer Abschreckung, beschrieb aber den Zusammenhang als relevant: «Wenn man mit Massenvernichtungsmitteln droht, [...] dann droht man mit einem vielfachen Auschwitz. [...] Wenn Sie sich auf die Realität einlassen, müssen Sie sich vergegenwärtigen, daß Sie mit der Vernichtung von Kindern, Frauen, Greisen, Männern in millionenfacher Zahl drohen.»²⁹

Acht Tage später stellte Jürgen Schmude (SPD) einen erfolglosen Antrag auf Entlassung Geißlers, weil Geißler die «historische Wahrheit über die Verantwortung für den vom nationalsozialistischen Staat betriebenen organisierten Massenmord an jüdischen Menschen verbogen» habe. Geißler habe damit sowohl «das allgemeine Rechtsempfinden» verletzt als auch das Andenken der Opfer des nationalsozialistischen Mordregimes beleidigt, indem er sie für ihr Schicksal teilweise selbst verant-

wortlich dargestellt habe, zudem habe er zu Hass gegenüber der Friedensbewegung angestachelt. Schmuide stellte klar, dass die SPD die Gleichsetzung zwischen Auschwitz und Atomkrieg ablehne, weil sie die Abschreckungspolitik in wichtigen Punkten verzerrt darstelle und «den Blick auf das ganze Ausmaß des mörderischen Verbrechens, das mit Namen wie Auschwitz gekennzeichnet wird», verstelle. Doch wenn Geißler solche Gedankenverbindungen zurückweisen wolle, dürfe er nicht selbst noch schlimmere Verwirrung schaffen: «Den Pazifismus der 30er Jahre in irgendeinen ursächlichen Zusammenhang mit Rassenhaß und Massenmord zu bringen, ist [...] verwerflich.»³⁰

Wolfgang Schäuble (CDU) verteidigte Geißler und die atomare Abschreckungspolitik und stellte dabei eine kühne Behauptung über das historische Bewusstsein der Unionsparteien auf. Er benutzte Max Webers Konzept einer «Gesinnungsethik» im Gegensatz zu einer «Verantwortungsethik», um zu behaupten, die Lehre aus Weimar und dem Dritten Reich sei, dass ein Politiker «nicht nur für sein Tun, sondern auch für die Folgen seines Tuns und für die Folgen seiner Unterlassungen verantwortlich» sei.³¹ Geißler verteidigte sich mit einem ähnlichen Argument – Pazifisten müssten die Konsequenzen ihrer Politik der radikalen unilateralen Abrüstung betrachten und akzeptieren, dass die Abschreckungspolitik vielleicht die eigentliche Lehre der Geschichte darstelle: «Auschwitz kann nicht rückgängig gemacht werden. Aber wir heute Lebenden können heute unsere Freiheit bewahren, wenn wir aus der Geschichte lernen.»³² Schäuble griff auch den Versuch der Grünen, die Phrase «atomares Auschwitz» in die Diskussion einzubringen, an und forderte die SPD auf, sich von den Grünen zu distanzieren, weil diese die Atompolitik der Regierung Schmidt auf eine Stufe mit Auschwitz stellten.³³

Fischer hielt dann eine der berühmtesten Reden seiner parlamentarischen Karriere. Er stellte klar, dass er keine demokratisch gewählte Regierung, egal wie schlecht, mit Hitlers Verbrechen und Massenmorden vergleiche, und dass er auch nicht die zeitgenössische Atomwaffenpolitik mit der Vernichtung der Juden, Sinti und Roma gleichsetze. Doch verteidigte er seinen Standpunkt der Moderne gegenüber. Im Ersten Weltkrieg hätten die Menschen die immensen Vernichtungskapazitäten moderner Industrie erlebt, und dieses Erlebnis sei ein Hauptmotiv des «Gesinnungspazifismus» der 1930er Jahre gewesen. Später, in Auschwitz, wurden nicht mehr Armeen, sondern ganze Völker vergast, aber damit war die «Spirale der Zerstörung» noch nicht am Ende, wie die Atombombe zeige: «Als wie krank muß man eigentlich eine Zivilisation bezeichnen, in der die angedrohte und technisch bereitgehaltene Verbrennung ganzer Völker im atomaren Feuer – und sei es zu Verteidigungszwecken – als Voraussetzung der eigenen Sicherheit angesehen wird?» Hunthausen habe sich auf «die verbrannten Völker in einer möglichen atomaren Katastrophe und nicht eine verbrecherische Absicht einer westlichen Regierung» bezogen, als er die Phrase vom «atomaren Auschwitz» prägte. «Auschwitz», fügte Fischer hinzu, «war das Ergebnis eines perversen Vernichtungswillens einer deutschen Regierung; der atomare Holocaust wird das Ergebnis von Sachzwängen, Irrtümern und Selbstüberschätzung sein.»³⁴

Fischer bezeichnete Geißlers Versuch, die Opfer des Nationalsozialismus für ihr eigenes Leiden verantwortlich zu machen, als grauenhaft und vermutete, die These sei wahrscheinlich populär bei einigen ehemaligen Soldaten, Vereinen ehemaliger SS-Männer und den Teilen der deutschen Industrie, die von der Arisierung profitiert

hatten. Überdies sei Geißlers Versuch, anderen Länder die Verantwortung zuzuschieben, eine traditionelle Behauptung der deutschen Nationalisten. Herf dagegen sieht in Geißlers an Churchill erinnernden Angriff auf die britischen Appeasementpolitik ein Indiz für die tiefgreifende Verwestlichung der Bundesrepublik – deutsche Konservative der 30er Jahre seien nicht gegen die Appeasementpolitik gewesen, sondern gegen die Weimarer Republik.³⁵ Zum Schluss erinnerte Fischer Geißler daran, dass es deutsche Industrielle und Nationalisten gewesen waren, die Hitler an die Macht geholfen hatten, gegen den Widerstand der Kommunisten, Sozialdemokraten und vieler anderer Einzelner. «Diese Menschen sollen schuld an Auschwitz sein, Herr Geißler: Ein Carl von Ossietzky, den die Nazis gequält haben, ein Erich Mühsam, Jude, Anarchist, Pazifist und Poet, den die SS langsam zu Tode marterte, während andere mit feuchtem Blick ihrem Führer zujubelten oder sich von ihm mit dem enteigneten jüdischen Vermögen die Taschen füllen ließen? [...] Die deutsche Rechte wird niemand aus ihrer Verantwortung für den Völkermord in Auschwitz herausreden, auch Sie nicht, Herr Geißler. Dieses Erbe, das Ihre Partei immer geflissentlich übersieht, hat sich ja in die westdeutsche Nachkriegsrepublik herübergerettet. Die Globkes, Oberländers, Vialons, Kiesingers und Filbingers hat es ja wohl wirklich gegeben, genau wie all die Beamten, Richter, Ärzte und Wirtschaftsführer, die den braunen Massenmord erst möglich gemacht oder ihn zumindest billigend in Kauf genommen haben. Auch sie findet man als tragende Säulen dieser Republik und der sie regierenden christlichen Partei!»³⁶

Antje Vollmer verstand Geißlers Rede als Teil einer kalkulierten Regierungsstrategie, die moralische Integrität der Friedensbewegung, die ihr wichtigstes Kapital war, zu beschädigen. Zu diesem Zweck gebe Geißler zu, dass die Ziele der Friedensbewegung ehrenhaft waren, beharre aber darauf, dass den Konservativen «die eigentliche, die höhere, die tragischere Moral» gehöre: «Der Pazifist ist ein einfacher Moralist, wir, die wir diese einfache Moral hinter uns lassen, sind die wirklichen Retter Deutschlands vor der Wiederkehr totalitärer Regimes und Herrschaftsformen.»³⁷ Eine Woche nach seinen kontroversen Bemerkungen erklärte Geißler, dass er mit «Pazifismus» nur die Appeasementpolitik gemeint habe, die zum Teil durch Druck von der britischen Friedensbewegung angetrieben gewesen sei. Er stellte auch klar, dass diese Politik keine moralische Verantwortung für die Vernichtung der Juden Europas trage. Die Appeasementpolitik sei jedoch einer von vielen Faktoren, die die Bereitschaft Hitlers zum Krieg beeinflusst hatten. Viele Beobachter beschrieben später die von einer Verantwortungsethik geprägte, interventionistische Position von Teilen der Grünen in der Ära nach dem Kalten Krieg – und ihre Gleichsetzung von Pazifismus und Appeasement – als der Haltung Geißlers im Jahr 1983 sehr ähnlich.³⁸

Helmut Dubiel stellt die Periode von 1983 bis 1987 als eine Reihe von Kontroversen über die Nazizeit vor dem Hintergrund des Streits um die Nachrüstung dar. Er beschreibt diese Kontroversen zum Teil als das Resultat einer Spannung zwischen dem «linksliberalen Antifaschismus» der Grünen, der nicht einfach mit antikommunistischen Argumenten abgetan werden konnte, und dem «neuen Geschichtsbewusstsein» Kohls und seines Kabinetts.³⁹ Doch beschreiben Dubiel und Herf den Geißler-Fischer-Streit als Zeichen eines schrumpfenden Abstands zwischen den historischen Argumenten der deutschen Linken und Rechten. Dubiel ist der Ansicht, es habe bis in die 1980er Jahre eine fundamentale Kluft zwischen der Linken und den

Konservativen in Bezug auf die öffentliche Diskussion der Nazivergangenheit gegeben – die Linke habe die Diskussion darüber oft erzwungen, während Konservative eher zu «Zurückhaltung, Bemäntelung, Verschweigen» neigten. Doch mit dem Amtsantritt der Regierung Kohl änderte sich diese Dynamik. Die Geschichte des Dritten Reichs erschien plötzlich als «gefährloser Steinbruch zur instrumentellen Bedienung aller Parteien». Christdemokraten bezogen sich jetzt offensiv auf die Nazivergangenheit, einschließlich des Holocaust, um ihre eigenen politischen Ziele historisch zu rechtfertigen.⁴⁰ Es gab eine lange Tradition der Berufung auf Auschwitz durch die Linke, um ihre Politik zu erklären, aber für die CDU war dies neu.

Nach der Geißler-Fischer-Debatte begannen Vertreter der Union, von den Lehren aus Auschwitz zu sprechen. Schäuble etwa entwickelte in Erwiderung auf sozialdemokratische Kritik an Geißlers Äußerungen ein Konzept der «Gemeinschaft der Demokraten»: «Der Gedanke der Union ist in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches entstanden. Unsere Väter damals und wir selbst heute haben geschworen, daß wir das niemals wieder zulassen werden, daß Freiheit und Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Unter diesem Gesetz sind wir angetreten, und diesem Gesetz bleiben wir treu. Ich denke, daß auch die Sozialdemokraten sich diesem Gesetz verpflichtet wissen. Darin gründet sich die Gemeinsamkeit der Demokraten, an die ich appelliere.»⁴¹

Wie Dubiel bemerkt, ist dies eine «beschönigende» Darstellung der Geschichte der CDU, aber dennoch ein gutes Beispiel der Annäherung in Bezug auf Haltungen (oder zumindest Rhetorik) der politischen Lager: in dem sie sich über die heutige Bedeutung von Auschwitz stritten – für Geißler zeigte Auschwitz «die Notwendigkeit der militärischen Selbstbehauptung demokratischer Systeme» auf, wohingegen Fischer in Auschwitz ein Symbol «für die destruktive Kapazität moderner Technologie» sah –, bewiesen sie die Gemeinsamkeit ihrer Prämissen. Geißlers provokative Äußerung habe «die allmähliche Generalisierung eines rhetorischen Musters der Linken» zur unbeabsichtigten Folge gehabt. Aber trotz dieser teilweisen Annäherung zwischen Links und Rechts, die vor allem im öffentlichen Forum des Bundestages stattfand, sieht Dubiel eine gleichzeitige Verschärfung der Gegensätze in Bezug auf das politische Handeln.⁴² Herf beschreibt eine ähnliche Verbindung von Annäherung und Entfremdung, zieht aber andere Schlüsse. Während Dubiel Fischers Argumentation in Bezug auf Auschwitz und Atomwaffen für «stichhaltiger» hält, kommt Herf zu dem Urteil, dass Geißlers Position die «Behauptung der Linken, bei der Beurteilung der Nazivergangenheit die moralische Überlegenheit zu besitzen», ernsthaft herausfordert.⁴³

Dubiel sieht in dem graduellen Eindringen der Topoi des linksliberalen Antifaschismus in Unionskreise nach dem März 1983, welches seinen Höhepunkt mit der gefeierten Rede Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 erreichte, eine Herausforderung für die politische Identität beider Lager. Die noch streng konservative Mehrheit der Unionsparteien, wie etwa Dregger, nahm diese neuen Ideen als Zeichen einer kulturellen Hegemonie der Linken wahr, die jetzt in ihre eigenen Kreise hineinreichte. Aber die verwässerte und verspätete Auseinandersetzung der Union mit Auschwitz stellte auch eine Bedrohung für die Identität der Linke dar. Dadurch, dass sie nun von allen politischen Lagern benutzt wurde, wurde «Auschwitz» als Metapher mehrdeutig. Dubiel sieht im Streit um die Nachrüstung ein frühes Zeichen eines Phänomens, das durch den Golfkrieg den frühen 90er Jahre

klarer veranschaulicht wurde: unter Bezugnahme auf Auschwitz können zwei gegensätzliche politische Schlussfolgerungen, wie etwa Befürwortung und Ablehnung des Golfkriegs, gezogen werden.⁴⁴

Herf kritisiert auch, wie die Geschichte im Kampf gegen die Nachrüstung verwandt wurde, zum Beispiel das, was er als «Abstraktion weg von den Details» bezeichnet. Herf stellt fest, dass dies richtigerweise vor allem als Kennzeichen des konservativen Diskurses über die Nazizeit in den 1980er Jahren bezeichnet wird. Zum Beispiel zeigte 1983 Kohls Vorhaben, ein gemeinsames Denkmal für alle Opfer von Krieg und Tyrannei zu bauen, eine sehr undifferenzierte Vorstellung von den Tätern und Opfern des Nationalsozialismus. Nach eigener Aussage wollte Kohl «ein gemeinsames, würdiges Denkmal für alle, die Opfer beider Weltkriege, die Opfer von Gewaltherrschaft und Rassenwahn, die Opfer des Widerstands, der Vertreibung und der Teilung unseres Vaterlandes, und auch die Opfer des Terrorismus». Doch legten westdeutsche Linke mit ihrem Konzept eines «atomaren Auschwitz» dieselbe Form von Abstraktion an den Tag.⁴⁵ Die politische Instrumentalisierung des Begriffs «Holocaust» in dieser Zeit sei zum Teil die Folge von Ereignissen, die zu häufigeren Diskussionen des Holocaust in der Bundesrepublik geführt hatten: die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie «Holocaust» 1979 und die Verjährungsdebatte. Aber die Verwendung der Phrase vom «atomaren Auschwitz» in der Anti-Aufrüstungs-Rhetorik der Linken habe eine «implizite Verleugnung der Einzigartigkeit des Holocaust» enthalten, welche bald «in aller Deutlichkeit in den Schriften konservativer Historiker während des Historikerstreits» zu Tage trat.⁴⁶

Andrei Markovits und Philip Gorski weisen ebenfalls auf diese abstrakte Darstellung von Auschwitz in der Rhetorik des grünen Ökopax-Milieus hin, wobei Auschwitz zu «einem allgemein anwendbaren Konzept für alle Massenvernichtungen» und einem «Synonym für die Schrecken der Moderne» werde anstelle eines «Ortes, wo Deutsche an Juden nach den Grundsätzen der industriellen Produktion Völkermord begangen haben»⁴⁷. Günter Grass zum Beispiel verband, wie Fischer, Auschwitz mit Atomwaffen als den Folgen einer schrecklichen Moderne: «Es gibt keinen großen Unterschied zwischen der zynischen Missachtung grundsätzlicher ethischer Werte auf der infamen Wannsee-Konferenz, wo die Endlösung beschlossen wurde, und dem Zynismus, der heute Kriegsspiele erzeugt, die atomare Schlagabtausche simulieren mit Hochrechnungen von hier fünfzig, da achtzig Millionen Toten. Jeder Deutsche sollte wissen, das wir die Ersten wären, die ihre Nummern in die Kampfmaschine füttern.»⁴⁸

Andere Mitglieder der westdeutschen linken Anti-Atom-Bewegung beschrieben einen möglichen Atomschlag ausdrücklich als schlimmer als Auschwitz, wie schon in den Redebeiträgen der Grünen der beiden hier diskutierten Bundestagsdebatten. Mehrere der Autoren eines von Kelly herausgegebenen Buches zu Hiroshima argumentierten ähnlich. Der deutsch-schwedische Friedensaktivist und spätere Europa-Abgeordnete Jacob von Uexküll wies darauf hin, dass anhand der modernen Technologie die Massenvernichtung leichter geworden sei: «Von Eichmann (der Banalität des Bösen) zu Truman (der Bösartigkeit der Banalität). Wenige würden persönlich Morde begehen, einige mehr wären bereit, auf Befehl Konzentrationslager zu leiten, aber Trumans, die ehrenhafte Gründe finden, auf den Atomknopf zu drücken, gibt es viele.»⁴⁹

November 1983

Die Raketenstationierung wurde am 21. und 22. November 1983 ein letztes Mal im Bundestag diskutiert. Die Regierung, die SPD und die Grünen reichten jeweils einen eigenen Antrag ein. Die Regierung sprach sich für die Stationierung aus, wohingegen die SPD die Bedeutung des atlantischen Bündnisses würdigte, aber, nunmehr in der Opposition, den Doppelbeschluss in Frage stellte. Die Grünen lehnten beides ab. Die Bundestagsdebatten wurden von einer lärmenden «Belagerung des Bundestags» begleitet. Die Polizei setzte aggressive Methoden, inklusive Tränengas und Wasserwerfer, ein, um die Demonstration unter Kontrolle zu halten, und 15 MdBs der Grünen wurden verhaftet. Die Regierung setzte sich bei der Abstimmung durch, und am 26. November wurde mit der Stationierung begonnen.

Alle Parteien beriefen sich auf Lehren der Geschichte. Die Abgeordneten von Union und FDP betonten die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur westlichen Gemeinschaft und die aus dem Krieg erwachsene Verpflichtung ihren Alliierten gegenüber. Sie stellten auch einen Zusammenhang zwischen Frieden und Freiheit her.⁵⁰ Außerdem erinnerten sie die Mitglieder des Bundestages an die Leiden deutscher Soldaten, Kriegsgefangener, Vertriebener und Zivilisten und zogen daraus den Schluss, dass die deutsche Außenpolitik streng multilateral sein müsse und dass Krieg um jeden Fall zu vermeiden sei, indem man NATO-Raketen in der Bundesrepublik stationiere. Aus Chamberlains Fehler habe man gelernt, dass «freie Völker» sich «totalitären» Regimen entgegenstellen müssten.⁵¹ Diese Redner behaupteten, die SPD sei auf dem besten Wege dazu, die NATO-Allianz aufzugeben und damit den jahrzehntelangen außenpolitischen Konsens, der seit ihrer Akzeptanz der Westbindung 1959 geherrscht hatte, zu verlassen.⁵² Die Grünen wurden als naziähnlicher oder kommunistischer Pöbel dargestellt.⁵³ Sozialdemokraten bestritten, die Westbindung der Bundesrepublik in Frage stellen zu wollen, bezeichneten aber die Stationierung als unvereinbar mit der Prämisse, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen dürfe.⁵⁴ Sozialdemokraten zeigten auch Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion angesichts des deutschen Überfalls von 1941.⁵⁵ Sprecher von SPD und FDP griffen, auch wenn sie zugleich Sympathie für die Ziele der Grünen und der Friedensbewegung ausdrückten, die Grünen wegen ihrer «ahistorischen» und nationalistischen Förderung deutscher Neutralität an, die unter Deutschlands Nachbarn Angst hervorrufen könne.⁵⁶

Die Grünen unterbreiteten in ihren Argumenten gegen die Stationierung und für ein neutrales Deutschland eine Reihe sich teilweise widersprechender historischer Lehren: Sie nähmen ihr grundgesetzliches Widerstandsrecht wahr, wenn sie die politische Entscheidung von der größten Tragweite seit dem Ermächtigungsgesetz bekämpften⁵⁷; die Westbindung habe der Bundesrepublik nicht Frieden und Sicherheit gebracht; gefallene deutsche Soldaten, zivile deutsche Opfer des Zweiten Weltkrieges und jüdische Opfer des Holocaust sprächen allesamt gegen die Stationierung; und der kommende «atomare Holocaust» würde sicher schlimmer sein als alles Vorangegangene,⁵⁸ mit Deutschen – «potentielles Schlachtvieh» – als den Hauptopfern.⁵⁹ Zum Beispiel fragte Marieluise Beck-Oberdorf: «Wie groß ist denn die Schuld derer, die sich nicht dem Holocaust entgegengestellt haben? Wie groß wird unsere Schuld sein, wenn wir uns nicht (...) mit aller Kraft der Gefahr des atomaren Holocaust entgegenstellen?»⁶⁰ Andere, wie Schily, verglichen die Versuche, die Anti-

Raketen-Proteste zu unterdrücken, mit Nazimethoden.⁶¹ Viele sprachen auch von der Neutralität als der richtigen Lehre aus der Vergangenheit. Zum Beispiel stellte laut Beck-Oberdorf die Friedensbewegung den «Sinn und Zweck unserer Freundschaft mit der USA» in Frage.⁶²

Dieser undifferenzierte Umgang mit der Geschichte, bei dem Teilnehmer, Zeiten und Orte zum größten Teil austauschbar waren, entsprang einem universalisierenden Impuls mit dem Ziel, allgemein anwendbare Lehren für moralisches politisches Handeln zu ziehen. Doch diese Funktionalisierung der Geschichte hatte auch eine relativierende Wirkung, da die spezifischen Ursachen, Täter und Opfer des Dritten Reiches und des Holocaust in vielen frühen Äußerungen von Grünen nicht vorkommen.

Während Vertreter der CDU/CSU von deutschem Leiden während und nach dem Zweiten Weltkrieg sprachen, um atomare Abschreckung zu verteidigen, nutzten viele Grünen-MdBs dieselben Bilder, um ihre Ablehnung des Doppelbeschlusses zu erklären. Der ehemalige Wehrmachtssoldat und NATO-General Gert Bastian erinnerte an die konservative Opposition zur atomaren Aufrüstung in den 1950er Jahren, die sich darauf berufen hatte, dass Deutschland wisse, «was Trümmer und Ruinen bedeuten».⁶³ Wolfgang Ehmke machte der Rede Kohls ein Kompliment – Kohl habe zu Recht «von den Schrecken des Krieges, der Gefangenschaft und der Vertreibung» gesprochen. «Auch ich bin Betroffener der Vertreibung. (...) Aber ich denke, daß der Kanzler die falschen Konsequenzen aus den bitteren Kriegserfahrungen zieht.»⁶⁴ Die neuen Waffen bedeuteten nicht nur eine erhöhte Kriegsgefahr, sondern auch weit schlimmere als die von dem Kanzler und anderen Rednern beschriebenen Kriegsfolgen. Dieter Burgmann erklärte seine Gegenstimme so: «Ich habe den Krieg, die Bombennächte erlebt. (...) Wir hatten nach dem Krieg eine Hoffnung, die mit der Parole, 'Nie wieder!' umging. Es gab damals einen Konsens im deutschen Volk, daß dieses Volk nie mehr mit Rüstung, nie mehr im Vertrauen auf Rüstungen sein Schicksal gestalten wolle.»⁶⁵ Sabine Bard las aus einem Brief, den sie von einer Gegnerin der Stationierung erhalten hatte, der jedoch nur einen Vorgeschmack dessen biete, was ein Atomkrieg bringen würde: «Ich bin im Ersten Weltkrieg geboren. Ich habe meine Kinder im Zweiten Weltkrieg zur Welt gebracht. Mein Mann starb nach jahrelanger russischer Kriegsgefangenschaft [...]. Vater und Bruder sind vermißt. Meine besten Jahre fielen dem Krieg zum Opfer. [...] Die Geschichte beweist, daß Waffen, die gebaut werden, auch benutzt werden.»⁶⁶

Julius Krizsan begründete seine Opposition mit undifferenzierten Bezugnahmen sowohl auf deutsches Leiden als auch auf deutsche Verbrechen: «Ich habe als Achtjähriger das Ende des Zweiten Weltkrieges erleben müssen und traumatische Erinnerungen an das Chaos, die Not, das Elend, den Tod jener Tage behalten» – und das sei bloß ein konventioneller Krieg gewesen. Er zeigte sich auch schockiert, dass trotz des Todes von Opfern des Naziregimes und von mehr als 50.000 sowjetischen Kriegsgefangenen im Konzentrationslager Bergen-Belsen wieder versucht werde, einen Feind zu dämonisieren.⁶⁷ Jürgen Reents, vom linken Flügel der Grünen, wies die Behauptung Kohls, eine Minderheit (womit die Friedensbewegung gemeint war) habe kein Recht, der Mehrheit ihren Willen aufzudrängen, zurück, und verwies darauf, dass die Juden eine Minderheit gewesen seien, denen die schweigende Mehrheit erlaubt hatte, ermordet zu werden. Reents folgerte, man müsse Rücksicht auf den Willen einer Minderheit nehmen, wenn es um deren Überleben gehe. Daraufhin erwiderte Alois

Mertes, CDU-Staatssekretär im Außenministerium, er sei von jüdischen Bekannten gebeten worden, «gegen jeden Vergleich der Vernichtung ihrer Angehörigen in Auschwitz durch den Holocaust mit der Frieden und Freiheit sichernden Abschreckungsstrategie des Atlantischen Bündnisses» Stellung zu beziehen.⁶⁸ Der Gewerkschaftsaktivist und Grünen-MdB Willi Hoss zitierte einen Bekannten, der behauptet hatte: «Die Deutschen gleichen den Juden, die nach 1933 bis zum Schluß nicht glauben wollten, daß sie umgebracht werden.» Hoss hoffte, dass andere mit ihm daraus lernen würden, «wie es den Juden in Deutschland gegangen ist».⁶⁹

In der Literatur über Einstellungen zur deutschen Kriegserfahrung legen die gängigen Darstellungen der bundesdeutschen Linken nach 1968 den Fokus auf ihr Interesse an deutschen Verbrechen und angeblich kompletten Mangel an Verständnis für deutsches Leiden.⁷⁰ Aber tatsächlich sind die obigen Beispiele aus Reden von Grünen in der Stationierungsdebatte Teil einer Tradition der Friedensbewegung, die Lehren aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg nur in der Mahnung «Nie wieder Krieg!» zu verstehen. Weitere Beispiele dieser Kultur sind die oft auf Friedensdemonstrationen in den 1980er Jahren und danach gezeigten Plakate, wie das sozialdemokratische «Nie wieder!»-Plakat aus den frühen 1950er Jahren, das einen Amputierten auf Krücken vor einem Trümmerhintergrund zeigt, und Käthe Kollwitz' 1924 entstandene Zeichnung «Nie wieder Krieg».⁷¹

In den frühen 1980er Jahren schlug die evangelische Friedensgruppe Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste die Verwendung des Volkstrauertages vor – eines Gedenktags mit nationalistisch-militärischen Assoziationen –, um über die Sinnlosigkeit des Krieges nachzudenken und für den Frieden zu demonstrieren, und begrüßte auch das Gedenken an den Bombenangriff auf Dresden durch die unabhängige Friedensbewegung der DDR.⁷² Ältere Mitglieder der Anti-Raketen-Bewegung der BRD haben ihre Opposition zur Stationierung ausdrücklich mit ihren Erfahrungen von Krieg und Vertreibung begründet.⁷³ Und eine 1982 von einer Gruppe Mainzer Friedensinitiativen herausgegebene Broschüre stellte einen Rundgang durch die durch den alliierten Bombenangriff auf Mainz vom 27. Februar 1945 verursachten Zerstörungen vor, um zu illustrieren, wie Mainz nach dem nächsten Krieg bestenfalls ausschauen würde. Auf dem Einband ist ein großer Atompilz auf ein Bild der zerstörten Stadt von 1945 gelegt.⁷⁴

Das von Petra Kelly herausgegebene Buch *Laßt uns die Kraniche suchen* enthält ebenfalls viele verständnisvolle Hinweise auf die Leiden der Deutschen. Der Beitrag von Kellys Großmutter Kunigunde Birle besteht aus einem Brief, in dem sie um ihr totes Enkelkind Grace, die Kinder von Hiroshima und die Opfer der amerikanischen Luftangriffe auf Nürnberg trauert: «Mein Liebes! Immer, wenn ich das Wort Hiroshima höre, muß ich an Dich denken. [...] die Welt, in der wir heute leben, ist eine atomare – eine bedrohte. Die Kinder, die in Hiroshima durch die Bombe umkamen, waren Kinder ohne Zukunft. [...] Auch die Kinder, die verkohlt und verbrannt unter den Trümmern von Nürnberg lagen, wo ich die Kriegsjahre verbrachte, waren ohne Hoffnung [...]. Ich selbst war auch verschüttet, kroch durch ein Mauerloch nach draußen. [...] der Staub, die Mauerbrocken fielen auf uns herab. [...] Bei einem dieser Angriffe verlor ich meinen Mann. Es ist unbeschreiblich, was ich als Witwe durchgemacht habe. [...] Vielleicht [...] daß wir Erwachsenen endlich begreifen, wie nahe wir dran sind, unsere Welt zu zerstören. Denn nach einem Dritten Weltkrieg wird es keine Überlebenden mehr geben. Deine Omi.»⁷⁵

Und ein Mitglied der japanischen Anti-Atom-Bewegung stellte in drastischen Worten die Flucht eines Freundes aus Dresden in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 dar, während der er sein Auto kaum «durch die Tausenden von Leichen, die in den Straßen lagen», steuern konnte.⁷⁶

Erwähnungen des Leidens der Deutschen als Folge des Zweiten Weltkrieges dienten der Verurteilung der Hochrüstung, waren aber meist gegen die Vereinigten Staaten gerichtet; so auch auf dem von den Grünen veranstalteten Tribunal vom Februar 1983.⁷⁷ Das Tribunal verband Darstellungen vom Holocaust und vom deutschen Leiden in einer universalen Moralität, die Parallelen zwischen Auschwitz, Hiroshima, dem atomaren Wettrüsten, My Lai und anderen Schrecken des 20. Jahrhunderts zog. Die Grünen luden «Opfer der vergangenen Verbrechen, der vergangenen Kriege, aus Hiroshima, aus Auschwitz und aus dem Pazifik» ein, das Tribunal zu besuchen, ohne klar zwischen den verschiedenen Tätern zu differenzieren. Kelly beschrieb Auschwitz und Hiroshima als in vielerlei Hinsicht vergleichbare Verbrechen gegen die Menschheit: «Auschwitz und Hiroshima: sie waren die beabsichtigte Folge menschlichen Tuns. Auschwitz und Hiroshima zeigen, was Menschen zu tun vermögen und zu tun wagen.»⁷⁸

Bei der Eröffnung des Tribunals gegen Massenvernichtungswaffen in Nürnberg, der Stadt des Internationalen Militärtribunals gegen die deutschen Kriegsverbrecher von 1945, wiesen Redner auf die ersten Worte des damaligen Anklägers hin: «Und lassen Sie mich betonen, dass dieses Gesetz hier zwar zunächst auf deutsche Aggressoren angewandt wird, es gilt aber für jede andere Nation und muss, wenn es von Nutzen sein soll, jeden Angriff durch jede andere Nation verdammen, nicht ausgenommen die, die jetzt hier zu Gericht sitzen.» Kelly fragte, ob die Vereinigten Staaten damals vorgehabt hätten, an dieser universalen Absicht festzuhalten: «War das Entfesseln eines Angriffskrieges, waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit tatsächlich Straftaten, die vom Gesetz geahndet werden konnten, oder nicht vielmehr wohltonende Phrasen, hinter denen die Sieger ihre Rache an den Besiegten verbargen?»⁷⁹ Und Joachim Wernicke, Berater des Tribunals, behauptete, die Taktiken der Alliierten seien nur unzureichend bekannt: «Die Verbrechen Nazi-Deutschlands sind bekannt. Aber auch England und die USA kannten [...] kein Maß und Ziel [...]: 70 deutsche Städte gingen in Bombenregen und Feuersturm unter.»⁸⁰

Die Bezüge auf das Leiden der Deutschen halfen dabei, die Deutschen als Opfer des atomaren Wettrüstens darzustellen und so Opposition zur Stationierung zu mobilisieren. Aber solche Bezüge auf die deutsche Vergangenheit rückten mit dem Scheitern der Friedensbewegung und mit der nationalistischen Offensive der Regierung Kohl wieder in den Hintergrund. Wie Robert Moeller erklärt: «Mitte der achtziger Jahre riefen Aufrufe an Deutsche, sich an ihre Verluste zu erinnern, heftige negative Reaktionen bei denen hervor, die behaupteten, dass jeder Versuch, die Geschichte der deutschen Opfer zu erzählen, zwangsläufig in die Richtung einer Rechtfertigung oder einer falschen Gleichsetzung deutschen Leidens mit den von Deutschen begangenen Verbrechen führen würde. Sie fürchteten eine Tendenz zur «Aufrechnung» und behaupteten, dass das Schaffen solcher moralischen Bilanzaufstellungen den Deutschen erlaube, durch die Ziehung eines «Schlussstrichs» Schuld und Verantwortung auszuweichen und die Vergangenheit zu begraben.»⁸¹

In einer Bundestagsrede kritisierte Antje Vollmer Helmut Kohl 1985 wegen seiner Versuche, das neue Deutschland als ein Land wie jedes andere darzustellen – etwa

durch seine wiederholte Betonung, 1945 erst fünfzehn Jahre alt gewesen zu sein, und seinen Plan eines gemeinsamen Denkmals für alle Opfer der Nazis und des Krieges: «Da heben sich Auschwitz und Dresden gegeneinander auf, die Ausrottung des Warschauer Ghettos und die Bombardierung Hamburgs.»⁸² An anderer Stelle erklärte Vollmer, die Zerstörung deutscher Städte, der Verlust der ehemaligen Heimat im Osten und die Teilung Deutschlands könnte man nach dem von Nazideutschland verursachten Unheil in gewisser Hinsicht als gerecht ansehen: «Irgend jemand, so dachten wir, musste für die unvorstellbaren deutschen Verbrechen bezahlen [...]. All das Leiden ist eigentlich die Rechnung für den Angriffskrieg und für Auschwitz gewesen.» Zudem «hat Auschwitz keinen Platz gelassen für das Thema der deutschen Entbehrungen»⁸³.

Die «Geistig-moralische Wende»

Kohl wollte den Machtwechsel von den Sozialdemokraten zu seiner CDU/CSU-FDP-Koalition als eine «geistig-moralische Wende» verstanden wissen. Als Teil dieser Wende versuchten die Regierung und ihre Anhänger, Teile der deutschen Vergangenheit zu nutzen, um eine positive nationale Identität zu fördern und das Dritte Reich und den Holocaust zu gewöhnlichen Teilen der deutschen Geschichte zu erklären, die weder als Mittelpunkt der deutschen Geschichte noch als einmalige Verbrechen gelten sollten. Sie verlangten nach einem «Schlussstrich», um zu zeigen, dass die Relevanz dieser Verbrechen mit der Zeit nachgelassen hatte. Symbolische und praktische Initiativen wie der Bitburg-Besuch 1985 und der Historikerstreit im nächsten Jahr waren Ausdruck dieser neuen nationalistischen Offensive.

Im Jahr 1985 bat Kohl US-Präsident Ronald Reagan, zu Ehren der im Zweiten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten einen Kranz auf einem Soldatenfriedhof in Bitburg niederzulegen. Kohl wollte eine Schau der Versöhnung zwischen der modernen Bundesrepublik und den Alliierten des Zweiten Weltkriegs. Reagan stimmte im Interesse der Allianz im Kalten Krieg zu. Er beschloss auch, auf seiner Reise kein Konzentrationslager zu besuchen, um den Deutschen keine «unnötigen» Schuldgefühle zu bereiten.⁸⁴ Die Enthüllung, dass in Bitburg auch Gefallene der Waffen-SS beerdigt waren, löste in den Vereinigten Staaten Proteste aus. Jüdische Organisationen und Veteranenverbände drängten Reagan, den Besuch abzusagen, und 53 Senatoren schlugen ihm vor, stattdessen «ein Denkmal für die Opfer des Holocaust» zu besuchen. Gleichzeitig drängten deutsche Konservative auf Einhaltung des ursprünglichen Plans. Dregger teilte mit, er würde eine Absage als «Beleidigung meines Bruders und seiner gefallenen Waffenbrüder», die im Kampf gegen den Kommunismus umgekommen seien, verstehen.⁸⁵

Die SPD und die Grünen lehnten den Plan ab, obwohl die SPD auch Verständnis für Kohls Ziele äußerte. Die SPD schlug eine Resolution vor, die mit 262 (die CDU/CSU-FDP-Mehrheit, mit den meisten Grünen) zu 155 Stimmen bei 6 (Grünen) Enthaltungen abgelehnt wurde. Darin drückte sie ihr «Bedauern» hinsichtlich der Beeinträchtigung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses und des deutschen Ansehens in der ganzen Welt aus. Sie «begrüßte» die verspätete Aufnahme eines ehemaligen Konzentrationslagers in das Besuchsprogramm, aber auch, «daß im Rahmen des Besuches auch der gefallenen deutschen Soldaten gedacht werden soll. Die Erinnerung an den Tod derer, die von einem verbrecherischen Regime in einem

Angriffskrieg mißbraucht worden sind, ist ebenfalls ein Bestandteil unserer Geschichte und ein Beitrag zur Versöhnung»⁸⁶. Die Grünen forderten die Absage des Besuches, weil er die Nazi-Opfer verhöhne und die SS ehre; ihr Antrag wurde mit 398 zu 24 abgelehnt.⁸⁷ Andere Grünen-Mitglieder waren der Ansicht, dass Kohl und Reagan lieber des antifaschistischen Widerstandes hätten gedenken sollen.⁸⁸ Für den Bundesvorstandssprecher Rainer Trampert war der Bitburg-Besuch Teil einer außenpolitischen Strategie des Westens. Demnach warben Kohl und Reagan für eine neue, gemeinsame militärische Tradition, wobei die deutsche Geschichte unbequem war, denn «sie zeigt zu deutlich, wo alles enden kann». Demnach besuchten Kohl und Reagan Bitburg, um die deutsche Vergangenheit abzuschütteln.⁸⁹

Einige Tage später rettete Bundespräsident Weizsäcker den Ruf der Bundesrepublik mit seiner Rede zum Jahrestag des 8. Mai 1945, in der er «alle Toten des Krieges und der Tyrannei» betrauerte, aber im Rahmen der Anerkennung der deutschen Schuld.⁹⁰ Kelly beschrieb die Rede Weizäckers als richtig, aber überfällig.⁹¹ In einer Pressemitteilung der Partei wurde die Rede als im Kern typisch für einen verbreiteten Impuls der Regierung Kohl beschrieben: gleichzeitige öffentliche Anerkennung von deutscher Schuld und Neuentdeckung des «deutschen Wir», der deutschen Nation und der Werte Pflicht und Gehorsam.⁹² Nach Herf gelang es Weizsäcker, die Erinnerung an das Appeasement – ohne dadurch die Verantwortung Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg abzuschwächen – mit den Erinnerungen an Völkermord und Krieg zusammenzubringen.⁹³

Im Jahr 1986 folgte der «Historikerstreit». Dieser Streit, der sich zum größten Teil in den Feuilletons der großen Zeitungen abspielte, fand keinen großen Widerhall in der Bevölkerung, hinterließ aber eine dauerhafte politische Erbschaft. Grüne außenpolitische Debatten in den 1990er Jahren bezogen sich immer wieder auf die Hauptfrage des Historikerstreits – War der Holocaust einzigartig? – und auf den «Sieg» der linksliberalen Historiker, die argumentiert hatten, der Holocaust sei nicht mit anderen Massenspogromen vergleichbar und die Nationen des industrialisierten Westens stellten den richtigen Bezugsrahmen für die Beurteilung der Nazigeschichte dar. Als der konservative Historiker Ernst Nolte behauptete, der Holocaust müsse mit dem Völkermord an den Bürgern der Sowjetunion unter Lenin und Stalin verglichen werden, und es gebe sogar einen Kausalzusammenhang zwischen Gulag und Holocaust, erwiderte Jürgen Habermas, Hauptbeteiligter von Seiten der Linken, die historischen Vergleiche Noltes dienten dazu, die Verbrechen des Dritten Reiches zu relativieren und die deutsche Schuld zu bestreiten.⁹⁴ Eberhard Jäckel, Jürgen Kocka, Wolfgang und Hans Mommsen und Hans-Ulrich Wehler verteidigten alle gleichermaßen die These der «Einzigartigkeit», von Jäckel präzise formuliert: Das Holocaust sei einzigartig gewesen, weil «noch nie zuvor ein Staat mit der Autorität seines verantwortlichen Führers beschlossen und angekündigt hatte, eine bestimmte Menschengruppe einschließlich der Alten, der Frauen, der Kinder und der Säuglinge möglichst restlos zu töten, und diesen Beschluß mit allen nur möglichen staatlichen Machtmitteln in die Tat umsetzte»⁹⁵.

Ein anderes wichtiges Ergebnis des Historikerstreits war, dass Habermas die große Bedeutung der Westbindung der Bundesrepublik – im intellektuelle Sinne eines neuen Anfangs – für ihre politische Kultur mit ihren liberalen Werten anerkannte. Habermas plädierte für einen Verfassungspatriotismus als eine Form des Patriotismus, die Deutschland nicht dem Westen entfremden würde. Außerdem sei eine

solche «verfassungspatriotische Bindung an universale Prinzipien» nicht auf Unterdrückung des Schamgefühls wegen Auschwitz angewiesen, sondern könnte diese Loyalität «in Deutschland nur nach – und wegen – Auschwitz eingepägt werden»⁹⁶. Während aber Habermas die NATO-nationalistische Agenda der Bundesregierung angriff, weil er glaubte, diese Politik werde auf Kosten des öffentlichen Gedächtnisses an die Nazizeit gefördert, hatten einige Grüne eine eher positive Meinung von der NATO als Garantie gegen die Rückkehr eines deutschen Sonderwegs.

Die Realos

Realo-Politiker wie Hubert Kleinert, Otto Schily und Joschka Fischer akzeptierten die Teilung Deutschlands als Folge der unter der Naziherrschaft begangenen Verbrechen. Aus diesem Grunde bejahten sie auch die Idee eines Verfassungspatriotismus, die Ablehnung eines deutschen Sonderwegs und die Westorientierung der Bundesrepublik. Nachdem die Realos akzeptiert hatten, dass «die Hinwendung (...) zum Westen sich guten Gewissens als Lehre der deutschen Katastrophe verstehen» ließ,⁹⁷ versuchten sie, diese Haltung in der Grünen Partei mehrheitsfähig zu machen. Sie bezeichneten daher die damaligen außenpolitischen Ziele der Grünen als politisch unmöglich und als eine potenzielle Ursache von Revanchismus. Aber diese Realo-Position war, wie Josef Joffe bemerkt, lange nur das Projekt einer Minderheit – die Stärke der sogenannten «Fundis» erreichte 1986 ihren Höchststand, und erst ein Jahrzehnt später sollte die Machtfrage zugunsten der Realos entschieden sein.⁹⁸

Die bundesrepublikanische Linke, rot und grün, hatte von Anfang an Schwierigkeiten mit der Westbindung der Bundesrepublik gehabt. Die Sozialdemokraten lehnten Konrad Adenauers Politik der Westintegration anfänglich ab, da sie die deutsche Einheit aufs Spiel setzte. Sie sahen eher ein entmilitarisiertes, sozialistisches Deutschland als Garantie gegen die Rückkehr des Faschismus. Die SPD akzeptierte die Westbindung 1959, aber bei den 68ern tauchte die Opposition zur Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der westlichen Gemeinschaft wieder auf. Während des Kalten Krieges war die Frage der Westbindung besonders dann spannungsgeladen, wenn es um die NATO-Mitgliedschaft ging. Grüne Politiker sahen die NATO nicht als historische Errungenschaft, sondern als Mittel zur Sicherung westlicher Interessen, und forderten ein kernkraftfreies, entmilitarisiertes, neutrales Europa. 1981 schlug die Partei die Abrüstung der BRD und einen schrittweisen Rückzug aus der NATO vor. West- und Ostdeutschland sahen die Grünen durch das Atomwetterüsten besonders gefährdet; so heißt es im Grundsatzprogramm von 1980: «Diese Forderung [nach gewaltfreier Politik] müssen besonders wir Deutschen erheben, da uns jeder sogenannte Ernstfall den Untergang bringen würde. Die atomare Abschreckung ist zu einer unwirksamen Drohung geworden, da sie die atomare Selbstvernichtung einschließt. Frieden und Abrüstung muß deshalb zum Leitsatz der deutschen Außenpolitik und Strategie werden.»⁹⁹ In einer für die Einstellung der Mehrheit der Grünen typischen Erklärung schrieb Antje Vollmer noch 1987, dass die von der Adenauer-CDU geführte konsequente Politik der Westbindung, der Nachrüstung und des Antikommunismus die Spaltung Europas und die militärische Konfrontation zwischen Ost und West gefördert hätte.¹⁰⁰

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wandelte sich das Bild jedoch. Realos, insbesondere Fischer, Kleinert und Jürgen Schnappertz, forcierten eine positive Sicht

auf die Westbindung der BRD. Sie war für sie eine Garantie, dass die Bundesrepublik mit den aggressiven Traditionen der deutschen Vergangenheit gebrochen hatte. Hans-Georg Betz ist der Ansicht, dass es in der Partei immer eine Minderheit (unter ihren Wählern sogar eine Mehrheit) gegeben habe, die eine positive Einstellung zum Westbündnis verfochten hat. Betz führt diese Einstellung nicht darauf zurück, dass die NATO als Instrument der Friedenssicherung in Europa gesehen wurde, sondern auf die Unterstützung der Rolle der NATO «bei der Integration Westdeutschlands in die westliche Wertesphäre und beim In-Schach-Halten deutscher außenpolitischer Ambitionen»¹⁰¹. Zum Beispiel behaupteten Fischer, Wolfgang Ehmke und Jo Müller 1984, dass sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt dazu existierten, die Einflussbereiche der Supermächte zu sichern und ein expansionistisches deutsches Reich zu verhindern.¹⁰² Im Jahr 1987 behauptete Fischer, dass, obwohl die Linke zurecht gegen rechte revisionistische Tendenzen eintrat, die Beschlüsse der Grünen, die das Ende des Westbündnisses forderten, selbst eine Form des Revisionismus darstellten. Einer der wichtigsten Gründe für die Teilung Deutschlands und die Schaffung der NATO sei nach wie vor, «die Deutschen niederzuhalten», wie es der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, ausgedrückt hatte. Daher sollten sich die Deutschen auf einen «doppelten Verzicht» festlegen: Verzicht auf die Wiedererrichtung von Bismarcks Reich, also die Wiedervereinigung, und Verzicht auf jede Art Sonderweg.¹⁰³

Die Realos arbeiteten auch mit strategischen Argumenten. So schlug Fischer Mitte 1987 einen «Nationalvertrag» vor. Im Tausch gegen die Anerkennung der DDR sollten «Linke und Alternative» den Konservativen die Anerkennung «der Westbindung der BRD als Tatsache» anbieten.¹⁰⁴ Realos lehnten die Forderung der Grünen nach einem unilateralen Rückzug Deutschlands aus der NATO auch als unpraktikabel ab und zweifelten daran, dass die Ziele der Abrüstung und militärischen Deeskalation so erreicht werden könnten. Gleichzeitig lehnten sie die «totale Unterwerfung» des Bündnisses unter US-Interessen ab, etwa die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland und die politische Unterstützung amerikanischer Militärinterventionen in der gesamten Welt.¹⁰⁵ In den späten 1980er Jahren stellte das Realo-Manifest die Westbindung, die Nachrüstung und den NATO-Beitritt als «den politischen Preis» für die Chance dar, Souveränität im Inneren auf der Grundlage einer stabilen Demokratie zu erreichen. Dies sei das erste Mal in der deutschen Geschichte gewesen, dass eine republikanische Kultur westlichen Stils entstehen konnte. Die Autoren sahen darin keinen Verzicht auf außenpolitische Souveränität, vielmehr auf deutsche Weltmachtambitionen. Es müsse als Treppenwitz der Geschichte betrachtet werden, daß der rheinische, isolationistische, innenpolitisch konservativ orientierte, offen mit ehemaligen Nazis kooperierende Adenauer dieses Politikkonzept formuliert und gegen nationalstaatlich orientierte Sozialdemokraten und Kommunisten durchgesetzt hat. Aber es gebe, damals wie heute, keine Alternative.¹⁰⁶

Im Jahr 1989 schrieben Schnappertz und Wolfgang Bruckmann, dass die Grünen die gefährliche Renationalisierung der deutschen Gesellschaft und Außenpolitik, wie von der Rechten propagiert, bekämpfen sollten. Aus diesem Grunde sollten die Grünen selbst Anspruch auf die Doktrin der Westbindung erheben.¹⁰⁷ Die kompromisslose Politik Adenauers habe die deutsche Gesellschaft für die westliche politische Kultur geöffnet – also für Pluralismus, parlamentarische Demokratie und eine Kultur der Aufklärung. Der Historikerstreit zeige, dass Ambitionen zur Renationalisierung

der Außenpolitik noch «virulent» seien. Aber linke Träume von einer neutralen, vom Westen abgekoppelten Bundesrepublik seien ebenfalls nationalistisch. Anstelle solcher Ideen sollten die Grünen «den Kern der Westorientierung der Bundesrepublik in Form der universalistischen Aufklärungskultur kritisch-affirmativ aufgreifen und ihre Reduzierung auf eine dumpfe NATO-Philosophie bekämpfen»¹⁰⁸. Die Parteilinke Renate Damus erwiderte, die eigentliche Absicht der Autoren sei es, die Grünen in der Außenpolitik zu verlässlichen Koalitionspartnern für die SPD nach der Wahl 1990 zu machen. Zu diesem Zweck versuchten Schnappertz und Bruckmann, linke Positionen unattraktiv zu machen, indem sie sie an die Positionen der nationalistischen Rechten heranrückten.¹⁰⁹

Zur Zeit der Saarbrücker Strategiekonferenz von 1989, auf der über die Richtung der Grünen nach dem Fall der Berliner Mauer diskutiert wurde, drückte Fischer seine Bewunderung für den Ansatz der SPD aus, die er und andere Realos in noch radikalerer Form für die Grünen übernehmen wollten. In den 1950er Jahren habe die CDU Deutschland im Namen der Westbindung geteilt, wenn auch unter Beibehaltung einer verlogenen Wiedervereinigungsrhetorik. Die SPD habe Deutschlands Teilung anfangs abgelehnt, ihre Haltung aber geändert, als sie erkannte, dass Nachrüstung und NATO-Beitritt erfolgreich waren. Zudem habe die SPD konsequente Schlüsse daraus hinsichtlich des Verhältnisses zur UdSSR, zur DDR und zu Osteuropa gezogen, wie es die CDU/CSU, von ihrer eigenen Wiedervereinigungsrhetorik und ihrem Bündnis mit den Vertriebenenverbänden gefangen, nicht konnte. Die Entstehungszeit der Grünen falle mit dem Ende einer Entspannungsperiode zusammen, und so hätten sie die NATO als ein strukturelles Hindernis einer Abrüstung wahrgenommen und den unilateralen Austritt gefordert. Jedoch, so führte Fischer weiter aus, könne keine auf eine Revision der territorialen oder politischen Resultate des Krieges abzielende Politik, gleich ob der Linken oder der Rechten, für den Frieden in Europa förderlich sein. Stattdessen müsse im Zentrum grüner Außenpolitik stehen, dass gewalttätiger deutscher Nationalismus nie wieder Angst in Europa verursachen dürfe: «Wir leben und machen Politik als Linke in jenem Land, das die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz-Birkenau errichtet und betrieben hat und das seinem Führer Adolf Hitler bis zur Selbstvernichtung treu gefolgt ist (...). Dies ist der eigentliche Grund der deutschen Frage und der deutschen Spaltung, vergessen wir das niemals. Die Rote Armee kam nicht von selbst nach Berlin. Souveränität und Selbstbestimmung haben hierzulande ihre begründbaren Grenzen, die Nation hat eine nur schwer und über Generationen zu tilgende Schuld, und ein deutscher Nationalismus bringt keine Zukunft mehr für unser Land.»¹¹⁰

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begannen die Realos auch, sich von allzu allgemein gehaltenen Darstellungen der Geschichte zu distanzieren, die wenig Unterschiede zwischen Opfern und Tätern machten. So beschreibt das Realo-Manifest von 1988 das Geschichtsbewusstsein der Grünen als von drei Begriffen geprägt – Auschwitz, Hiroshima und Tschernobyl. Aber obwohl jeder von ihnen eine prägende Bedeutung für die Grünen habe, legen die Autoren viel Wert darauf, Auschwitz als das wichtigste der drei Ereignisse hervorzuheben. Tschernobyl symbolisiere ungezügelt wirtschaftlichen Wachstumswillen, Hiroshima die Möglichkeit der Selbstvernichtung der Menschheit durch Massenvernichtungswaffen und Auschwitz die katastrophischen Fehlentwicklungen in der deutschen Gesellschaft. Dem Manifest

zufolge hatte die industrielle Massenvernichtung von Auschwitz ihre Wurzeln in antisemitischer und sozialdarwinistischer Ideologie und wurde mit Hilfe der deutschen Industrie durchgeführt. Sie habe den deutschen Nationalismus endgültig diskreditiert. Obwohl Auschwitz deutsche Fehler repräsentiere, lehnten die Grünen sowohl das Konzept der Kollektivschuld als auch ein Konzept der kollektiven Unschuld ab, da beide Konzepte das Individuum entlasteten. Dieser Realo-Sicht zufolge waren die Grünen gegen alle Versuche, den Unterschied zwischen Opfern und Tätern zu verwischen, wie in Bitburg geschehen, sie sprachen sich für die finanzielle Unterstützung von Holocaust-Opfern aus und setzten sich für eine Außenpolitik ein, die die besondere Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Nationen, in denen viele Opfer des Nationalsozialismus lebten, anerkannte, insbesondere Israel, Polen und die Sowjetunion.¹¹¹

Von der Mitte der 1980er Jahre an akzeptierten die Realos also die Westbindung, aber sie stellten das Erbe von Auschwitz nach wie vor weit mehr in den Mittelpunkt als die Regierung. Fischer und andere Realos sprachen wiederholt davon, dass die Verantwortung für Auschwitz deutsche Staatsräson sein müsse. Realos behaupteten auch (ähnlich wie wichtige Liberale und Linke in den frühen Jahren der Bundesrepublik, so etwa Staatspräsident Theodor Heuss und SPD-Vorsitzender Kurt Schumacher), dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – wie von ihrer eigenen Generation der 68er versucht – Grundvoraussetzung sei für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland und für die «Identifikation mit den innen- und außenpolitischen Grundmustern der Bundesrepublik»¹¹².

Die bittere Schlacht um die Nachrüstung fand statt vor dem Hintergrund nationalistisch-konservativer Versuche, die deutsche Geschichte zu relativieren und ein Gefühl deutschen Stolzes zu schaffen. In außenpolitischer Hinsicht zeigte der Streit eine tiefe Kluft zwischen der Regierung und den Grünen. Die Regierung betrachtete als Lehre aus München – und Auschwitz –: die Notwendigkeit der Westbindung Deutschlands, einschließlich der Akzeptanz der US-Atomdoktrin als Garantie gegen eine Rückkehr des Krieges nach Europa. Die Grünen fassten Auschwitz als Beweis einer schrecklichen modernen Fehlentwicklung auf, die sich in der Herstellung von Massenvernichtungswaffen fortsetzte. Die Lehre von Auschwitz und aller Schreckens-taten des 20. Jahrhunderts, einschließlich des Bombenkriegs gegen deutsche Städte, war Frieden. Bei der Begründung ihrer pazifistischen Positionen neigten die Grünen dazu, ein undifferenziertes Bild der deutschen Vergangenheit zu präsentieren, obwohl sie zur gleichen Zeit den Mangel an Geschichtsbewusstsein der deutschen Rechten kritisierten. Aber dies änderte sich Mitte der 1980er Jahre mit dem Aufstieg der Realos und der Reaktion auf die historischen Fehlgriffe der Regierung Kohl. Die Realos machten sich für die Westbindung der Bundesrepublik stark und warnten vor einem neutralen Deutschland als einem gefährlichen Sonderweg. Aber diese konventionellen außenpolitischen Argumente wurden mit ständigem Bezug auf die Verbrechen des Dritten Reiches formuliert.

Fußnoten

- 1 Dieser Text ist ein Auszug aus meiner Dissertation: *A Special German Responsibility: The Nazi past and the foreign policy of the German Greens, 1980-2004*, Ph.D. Diss., University of Queensland, 2007.

- 2 Kohl (CDU), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2331.
- 3 Nickels (Grüne), ebd., S. 2391.
- 4 Zu den Debatten zur Westbindung in der Bundesrepublik siehe Thomas Banchoff, *The German Problem Transformed: Institutions, Politics and Foreign Policy, 1945-1995*, Ann Arbor 1999.
- 5 Zur Geschichte der Metapher vom Sonderweg, die zu verschiedenen Zeiten verschiedenes bedeutet hat, siehe Wolfram Wette, «Sonderweg or Normality? The discussion of the international position of the Federal Republic», in: *Debatte 1* (1996), S. 9-20.
- 6 Steve Breyman, *Why Movements Matter: The West German Peace Movement and US Arms Control Policy*, Albany 2001, S. 1.
- 7 Edward P. Thompson, «Notes on exterminism, the last stage of civilization», in: *New Left Review* 121 (May-June 1980), S. 3-31.
- 8 Elim Papadakis, *The Green Movement in West Germany*, London 1984, S. 36; Andrei S. Markovits und Philip Gorski, *The German Left: Red, Green and Beyond*, Cambridge 1993, insb. S. 132-133; Rudolf Bahro, *Building the Green Movement*, London 1986. Petra Kelly ist für die Entwicklung dieser Denkrichtung besonders wichtig. Vgl. Petra Kelly, *Fighting for Hope*, Boston 1984; Petra Kelly, *Nonviolence speaks to Power*, Honolulu 1992; Petra Kelly, *Thinking Green!*, Berkeley 1994.
- 9 Vgl. Antje Vollmer, «Erklärung zum 8. Mai», Positionspapier (7.5.1987), S. 4, AGG, B.II.1, Sign. 5060; Antje Vollmer, «Für uns ist militärische Stärke kein Weg mehr», Rede, BT (27.2.1985), in: Die Grünen im Bundestag, *Was wir verdrängen, kommt wieder*, Bonn 1985, S. 3; «Erklärung des VVN zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht», *Grüner Basisdienst (GBD)* 10 (1988), S. 26.
- 10 Die Grünen, *Diesmal DIE GRÜNEN – warum? Ein Aufruf zur Bundestagswahl 1983*, Bonn, S. 5.
- 11 Fraktion der Grünen im Bundestag, «Erklärung der Fraktion der Grünen im Bundestag zum 40. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto», *GBD* 4 (April 1983), S. 3. Einige der wichtigsten und erfolgreichsten Beiträge der Grünen zur deutschen Parlamentsarbeit seit 1983 befassten sich in konkreter Weise mit der Nazizeit, unter anderem mit Reparationen, Gedenken, politischem Asyl, Einwanderung, Traditionen der Wehrmacht, und Opfern der Nazis wie Zwangssterilisierten, Homosexuellen, Sinti und Roma, Zwangsarbeitern, Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren. Für Grüne Veröffentlichungen und parlamentarische Initiativen zu diesen Themen siehe: Dirk Cornelsen, *Ankläger im Hohen Haus. Die Grünen im Bundestag*, Essen 1986, S. 133-7, und Richard Brand u.a. (Hrsg.), *Anerkennung, Rehabilitierung, Entschädigung. Politische Initiativen für die Opfer des Nationalsozialismus 50 Jahre nach Kriegsende*, Bonn 1995.
- 12 Norbert Kostede, «8. Mai – unsere Verantwortung für eine neue Politik», offener Brief an den BuVo der SPD (1985), AGG, B.II.1, Sign. 2775.
- 13 Siehe bspw. Fraktion der Grünen im Bundestag, «Warschauer Ghetto», S. 3. Für konservative Kritik an dem Anspruch der Grünen auf das moralische Erbe des Widerstands gegen die Nazis siehe Manuel Dittmers, *The Green Party in West Germany: Who are they? What do they really want?*, Buckingham 1988, S. 42-43; Gerd Langguth, *The Green Factor in German Politics: From Protest Movement to Political Party*, Boulder 1986, S. 76, 80. Für die Diskussion des Themas in der SPD siehe Breyman, S. 186, 203.
- 14 Kelly, *Fighting*, S. 73. S. a. Antje Vollmer, «Für ein Europa der Mutterländer», *GBD* 4 (1984), S. 5.
- 15 Winfried Nachtwei (Interview), «Eine rapide wachsende Kluft», *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 2.4.1999. S. a. Winfried Nachtwei, «Nach dem Ende der Nachkriegszeit: Wie umgehen mit dem Kriegsende?», Positionspapier (10.1.1995), AGG, A Schlauch, Sign.110; Ludger Volmer, *Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis*, Münster 1998, S. 108.
- 16 Antje Vollmer, Waltraud Schoppe und Annemarie Borgmann, Fraktionssprecherinnen Die Grünen im BT, Brief an Kanzler Helmut Kohl (3.1.1985), 1-2, AGG, B.II.1, Sign. 2775.
- 17 Jeffrey Herf, *War by other Means: Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles*, New York 1991, S. 55-56.
- 18 Jeffrey Herf, «Politics and Memory in West and East Germany since 1961 and in United Germany since 1990», in: *The Journal of Israeli History* 23, 1 (Frühjahr 2004), S. 54-55.
- 19 Joschka Fischer und Otto Schily (Interview), «Wir sind ein schöner Unkrautgarten. Die grünen Abgeordneten Joschka Fischer und Otto Schily über die Auseinandersetzungen in ihrer Partei», *Der Spiegel* 24 (13.6.1983), S. 25-26.

- 20 Geißler (CDU), BT Plenarprot. 10/13 (15.6.1983), S. 755-756.
- 21 Herf, «Politics and Memory», S. 55.
- 22 Dregger (CDU), BT Plenarprot. 10/13 (15.6.1983), S. 784.
- 23 Schily (Grüne), Weisskirchen (SPD), ebd., S. 756, 761. Siehe auch Ehmke (SPD), S. 722.
- 24 Waltemathe (SPD), ebd., S. 760.
- 25 Soell (SPD), Hamm-Brücher (FDP), ebd. S. 759, 799.
- 26 Mischnick (FDP), ebd., S. 785.
- 27 Scheer (SPD), ebd., S. 764.
- 28 Kelly (Grüne), ebd., S. 756, 768. Hunthausen nannte auch die Trident-Atom-U-Boote «das Auschwitz unserer Zeiten». Siehe Kelly, *Fighting*, S. 60. In Kellys Essays ist der Holocaust eine von vielen schrecklichen Folgen der (männlichen) instrumentellen Rationalität der Moderne.
- 29 Schily (Grüne), BT Plenarprot. 10/13 (15.6.1983), S. 787.
- 30 Schmude (SPD), BT Plenarprot. 10/16 (23.6.1983), S. 1043.
- 31 Schäuble (CDU), ebd., S. 1048.
- 32 Geißler (CDU), ebd., S. 1053.
- 33 Schäuble (CDU), ebd., S. 1046.
- 34 Fischer (Grüne), ebd., S. 1048-1049.
- 35 Herf, *War*, S. 192, 232.
- 36 Fischer (Grüne), BT Plenarprot. 10/16 (23.6.1983), S. 1050. Hervorhebung im Original.
- 37 Antje Vollmer, ... *und wehret euch täglich!*, Gütersloh 1984, S. 82.
- 38 Siehe bspw. Sibylle Krause-Burger, *Joschka Fischer: Der Marsch durch die Illusionen*, Hamburg 2000, S. 152. Fischer wurde 1995 von Geißler gelobt: Heiner Geißler, «Die Grünen sind in der Außenpolitik weiter als die SPD», *taz* (5.8.1995), S. 10.
- 39 Helmut Dubiel, *Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*, München 1999, S. 193. Das Ausmaß kommunistischen Einflusses auf die Grünen in den 1980er Jahren hat Udo Baron untersucht, der dabei nach dem Ende der DDR verfügbar gewordene Quellen ausgewertet hat. Baron zieht den Schluss, dass es der SED, trotz Zusammenarbeit bei vielen Projekten und mit vielen verschiedenen oft sehr bekannten Grünen-Politikern, nicht gelungen ist, die Grünen in ihr Bündnis innerhalb der Friedensbewegung zu integrieren. Im Gegenteil hätten die Grünen mit ihrem Konzept einer blockübergreifenden Friedensbewegung und ihrer Verurteilung beider Supermächte eine neue politische Perspektive eröffnet. Udo Baron, *Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer Westdeutschen Verbündeten auf die Partei «Die Grünen»*, Münster 2001.
- 40 Dubiel, S. 193-197.
- 41 Schäuble, zitiert ebd., S. 199.
- 42 Ebd., S. 197-9.
- 43 Herf, *War*, S. 192.
- 44 Dubiel, S. 198. Dubiel stellt (S. 194) auch die Frage, ob «ein deutscher Politiker das moralische Recht hat, auf der öffentlichen Bühne des Parlaments die (...) nicht intendierten Folgen des Nichthandelns von Seiten ausländischer Mächte gegenüber Hitler anzuprangern».
- 45 Jeffrey Herf, «Abstraction, Specificity, and the Holocaust: Recent Disputes over Memory in Germany», *German Historical Institute, London Bulletin* XXII, 2 (November 2000), S. 24-5.
- 46 Jeffrey Herf, *Divided Memory: The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge 1997, S. 350. Zum ersten Mal in Verbindung mit (vornehmlich amerikanischer) Atompolitik benutzt wurde der Begriff «Holocaust» 1981 in einem Buch von Anton-Andreas Guha, das Deutsche als Opfer der Atompolitik der Supermächte schilderte. Anton-Andreas Guha, *Die Nachrüstung: Der Holocaust Europas*, Freiburg 1981, zitiert in: Herf, *War*, S. 133. In der Folge wurde das Konzept eines atomaren Holocaust im *Stern*, im *Spiegel* und in sowjetischer Propaganda in der BRD aufgegriffen, wo behauptet wurde, die NATO plane ein «atomares Auschwitz» in Europa. Herf, «Politics and Memory», S. 54, Herf, *War*, S. 171, 314. Auch Begriffe wie «Euroshima», in dem die Schicksale Europas und Hiroshimas zusammengeführt werden, waren oft zu lesen, bspw. in: Die Grünen, *Das Friedensmanifest der Grünen*, Bonn 1985 (Erstveröffentlichung 1981), S. 4.
- 47 Markovits, Gorski, S. 133.

- 48 Günter Grass, zitiert nach Herf, «Politics and Memory», S. 54.
- 49 Jacob von Uexküll, «Viertausend Jahre lang – ein Hiroshima täglich», in: Petra Kelly (Hrsg.), *Laßt uns die Kraniche suchen: Hiroshima – Analysen, Berichte, Gedanken*, München 1983, S. 62. Siehe auch S. 115-116.
- 50 Kohl (CDU), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2329; Kronenberg (CDU), Mertes (CDU), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2533, 2563.
- 51 Kohl (CDU), Dregger (CDU), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2331, 2355; Mertes (CDU), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2564.
- 52 Dregger (CDU), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2347, 2354-2355; Klein (CSU), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2546.
- 53 Siehe bspw. die Zwischenrufe in Bastian (Grüne), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2390; Beck-Oberdorf (Grüne), Schneider (Grüne), Stratmann (Grüne), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2561, 2575, 2577.
- 54 Apel (SPD), Ehmke (SPD), in: ebd., S. 2534-2535, 2556.
- 55 Voigt (SPD), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2450, Schröder (SPD), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2528. 1984 benutzte die «Revanchismuskampagne» der Sowjetunion gegen die BRD Bonns Verwundbarkeit in Fragen der deutschen Vergangenheit, um sowohl die NATO-Raketen als auch die deutsch-deutsche Kooperation anzugreifen, in dem sie die BRD beschuldigte, «zu versuchen (...), einen einzigen deutschen Nationalstaat wiederzuerrichten». David Morris, «Bitburg Revisited: Germany's Search for Normalcy», *German Politics and Society* 13, 4 (Winter 1995), S. 94-97.
- 56 Voigt (SPD), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2450, Hamm-Brücher (FDP), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2524-2526. In den frühen 1980ern gab es eine Diskussion über linken Nationalismus, ausgelöst durch einige der Argumente der Friedensbewegung: die Raketenstationierung sei nicht in Deutschlands Interesse, Deutschland solle neutral (und wiedervereinigt) sein, Deutschland sei gefährdet. Ein Schlüsseltext der Nationalneutralisten war Peter Brandt und Herbert Ammon, *Die Linke und die nationale Frage*, Hamburg 1981, geschrieben von zwei damaligen Abgeordneten der Berliner AL. Aber die Nationalneutralisten waren immer eine Minderheit und verloren nach der Niederlage im Kampf gegen die Stationierung rasch an Einfluss. Für die zeitgenössische Debatte über Linksnationalismus in der Friedensbewegung siehe Dan Diner, «The 'National Question' in the Peace Movement: Origins and Tendencies», *New German Critique* 28 (Winter 1983), S. 86-107, und *Telos* (insbesondere Nummern 51 und 52, 1982). Für eine die nationalistischen Tendenzen innerhalb der Friedensbewegung stark betonende Analyse siehe Herf, *War*. Zur Illustration damaliger amerikanischer (und konservativer deutscher) Furcht vor deutschem Linksnationalismus, siehe Kim R. Holmes, *The West German Peace Movement and the National Question. Foreign Policy Report March 1984*, Cambridge und Washington, 1984.
- 57 Reents (Grüne), Bard (Grüne), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2571, 2580.
- 58 Pottharst (Grüne), ebd. S. 2578.
- 59 Schneider (Grüne), ebd. S. 2575.
- 60 Beck-Oberdorf (Grüne), ebd. S. 2562.
- 61 Schily (Grüne), ebd. S. 2585.
- 62 Beck-Oberdorf (Grüne), ebd. S. 2562. Siehe auch Sauermilch (Grüne), ebd. S. 2570.
- 63 Bastian (Grüne), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2391.
- 64 Ehmke (Grüne), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2580.
- 65 Burgmann (Grüne), ebd. S. 2576. Hervorhebungen im Original.
- 66 Bard (Grüne), ebd. S. 2580.
- 67 Krizsan (Grüne), ebd. S. 2569-2570.
- 68 Reents (Grüne), Mertes (CDU), ebd. S. 2536-2537. Mertes war nicht gerade ein Verfechter des Holocaustgedenkens. Einige Jahre später sollte er argumentieren, eine zu starke Betonung der nationalen Schuld diene nur dazu, Neutralisten und Pazifisten zu stärken. Siehe Vollmer, «Militärische Stärke», S. 4.

- 69 Hoss (Grüne), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2584. Zur Neigung der westdeutschen Studentenbewegung, sich selbst als Opfer oder gar als «Juden» zu bezeichnen siehe Ruth Wittlinger, «Taboo or Tradition? The Germans as Victims Theme in the Federal Republic until the mid-1990s», in: Bill Niven, Hrsg., *Germans as Victims: Remembering the Past in Contemporary Germany*, London und New York 2006, und Harald Marcuse, *Legacies of Dachau: The Uses and Abuses of a Concentration Camp, 1933-2001*, Cambridge 2001, S. 300.
- 70 Für ein Beispiel siehe Eric Langenbacher, «Changing memory regimes in contemporary Germany?», *German Politics and Society*, 21, 2 (Sommer 2003), S. 46-68. Die Bombenangriffe auf deutsche Städte waren vierzig Jahre lang Thema der DDR-Propaganda. In den 1980ern standen sie auch im Fokus der ostdeutschen autonomen Friedensbewegung. Siehe Bill Niven, «The GDR and the Memory of the Bombing of Dresden», in Niven (Hrsg.), sowie Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, *Preserve Peace: May 8, 1985 in the GDR – 40th anniversary of the victory over Hitler fascism and the German people's liberation*, Dresden 1985, und Bruce Allen, *Germany East: Dissent and Opposition*, Montréal 1989, S. 106-7.
- 71 Für ein Bild eines Demonstranten mit dem «Nie wieder» – Plakat bei der Protestkundgebung in Bitburg siehe <http://www.udo-leuschner.de/nachrustung/850505.htm> (Zugriff am 7.6.2006), für die Kollwitz-Zeichnung bei Protestkundgebungen gegen den Golfkrieg von 1991 siehe AGG, C Bayern I, Sign. 272.
- 72 Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste (ASF) (Hrsg.), *Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik. Aktionsbuch 3 zur bundesweiten Friedenswoche*, Bornheim bei Bonn 1982, S. 55.
- 73 Siehe zum Beispiel Lisa und Wolfgang Abendroth u.a., «Aufruf von Älteren an Ältere zur Teilnahme an der Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn», in ASF und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsg.), *Bonn 10.10.1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa. Reden, Fotos...*, Bornheim bei Bonn 1981, S. 48; Georg Benz, «Ohne Berührungängste für die Sicherung des Friedens», ebd. S. 106-110; Heinrich Böll, «Ein unbequemes Volk», ebd. S. 154-8, und Dieter Lattmann (Hrsg.), *Krefelder Initiative. Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa, Köln? o.J. (1981)*, S. 3.
- 74 Pax An (Hrsg.), *Mainz zerstört: Erinnerung an die Vergangenheit – Warnung vor einer Atomkriegszukunft*, Mainz 1982.
- 75 Kunigunde Birle, «Brief an mein totes Enkelkind Grace Patricia Kelly (Juni 1983)», in Kelly (Hrsg.), *Laßt uns die Kraniche suchen*, S. 126.
- 76 Seiei Shinohara, «Die Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki werden kein Ende nehmen», ebd. S. 51-52. Siehe auch S. 107-109.
- 77 Die Grünen, *Tribunal gegen Erstschlags- und Massenvernichtungswaffen in Ost und West 18.-20.2.83 Nürnberg Meistersingerhalle*, Bonn o.J. (1983).
- 78 Petra Kelly, «Vorwort», in: ebd., S. 4.
- 79 Ebd., S. 3.
- 80 Joachim Wernicke, «Gegenstand und Aufbau des Tribunals», in: ebd. S. 6-8.
- 81 Robert G. Moeller, «Germans as victims? Thoughts on a post-Cold War history of World War II's legacies», *History and Memory* 17, 1-2 (Herbst 2005), S. 150.
- 82 Vollmer, «Militärische Stärke», S. 3.
- 83 Vollmer, zitiert nach Langenbacher, S. 55, 57.
- 84 Herf, *Divided Memory*, S. 351.
- 85 Andrei S. Markovits und Beth Simone Noveck, «West Germany», in: David S. Wyman (Hrsg.), *The World Reacts to the Holocaust*, Baltimore und London 1996, S. 433-434, sowie George Shultz, *Turmoil and Triumph: My Years as Secretary of State*, New York 1993, S. 539-560.
- 86 Der SPD-Antrag erwähnte auch, dass einige junge Leute «gegen oder ohne ihren Willen» bei der Waffen-SS gedient hatten, fuhr aber dennoch fort: «Die Last der deutschen Geschichte erfordert es jedoch, daß dem Eindruck, in dieses Gedenken werde die Waffen-SS pauschal einbezogen, nicht Vorschub geleistet wird.» Dr. Vogel und Fraktion, «Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Erklärung der Bundesregierung. Zwischenbilanz über die Verwirklichung des Regierungsprogramms der Koalition der Mitte», BT Drs. 10/3257 (24.4.1985).

- 87 Schmidt, Hönes und Fraktion, «Entschließungsantrag der Fraktion Die Grünen zur Erklärung der Bundesregierung», BT Drs. 10/3240 (24.4.1985). Siehe auch Herf, *Divided Memory*, S. 352.
- 88 Eva Quistorp u.a., «Offener Brief von 'Frauen für den Frieden' an den amerikanischen Kongress und an jüdische Organisationen in den USA», Berlin (26.4.1984), AGG, A Kelly, Sign. 323.
- 89 Rainer Trampert, «Der Besuch von Reagan, die Weltwirtschaft, die Militärpolitik und der 8. Mai», Rede, Hambach/Neustadt (6.5.1985), AGG, B.II.1, Sign. 2775.
- 90 Herf, *Divided Memory*, S. 355-356.
- 91 Petra Kelly, «Eine selbstverständliche Rede und eine andere Wirklichkeit», AGG, A Kelly, Sign. 2185.
- 92 Hannegret Hönes und Christian Ströbele, Die Grünen im BT, «40. Jahrestag Nürnberger Prozesse», PM 747/85 (19.11.1985), AGG, A Kelly, Sign. 1414.
- 93 Herf, *Divided Memory*, S. 358.
- 94 Rudolf Augstein u.a., *Historikerstreit: die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987.
- 95 Eberhard Jäckel, «Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen», *Die Zeit* (12.9.1986), in: Augstein u.a., S. 118.
- 96 Jürgen Habermas, «Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik», in: Jürgen Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI*, Frankfurt am Main 1987, S. 161-179; Charles S. Maier, *The Unmasterable Past: History, Holocaust, and German National Identity*, Cambridge, MA 1988, S. 45-61.
- 97 Stefan Reinecke, *Otto Schily: Vom RAF-Anwalt zum Innenminister*, Hamburg 2003, S. 290-291.
- 98 Josef Joffe, «Joschka Fischer: A Peacenik goes to War», *The New York Times* (30.5.1999), S. 31.
- 99 Die Grünen, *Grundsatzprogramm 1980*, Bonn 1980, S. 17.
- 100 Vollmer, «Erklärung zum 8. Mai», S. 3-4.
- 101 Hans-Georg Betz, *Postmodern Politics in Germany: The Politics of Resentment*, London 1991, S. 143-144.
- 102 Wolfgang Ehmke, Joschka Fischer und Jo Müller u.a., «Verantwortung und Aufgabe der Grünen», Leitantrag, Bundesversammlung Hamburg (7.-9.12.1984), in: *GBD 1* (1985), S. 15-16.
- 103 Joschka Fischer, «Zwischen Wiedervereinigungssillusionen und NATO-Austrittsfiktionen», Rede, gehalten am 20.11.1987 in der Urania Berlin, in: Die Grünen im Bundestag (Hrsg.), *Militärblock-West. To be or NATO be. Die NATO-Broschüre der Grünen*, Bonn 1988, S. 96-98.
- 104 Joschka Fischer (Interview), *Pflasterstrand* 268 (21.8.1987), S. 22, zitiert in Vollmer, *Die Grünen und die Außenpolitik*, S. 217-221. Für linke Kritiken an Fischers Haltung siehe Jürgen Maier, «Europa im Umbruch – die Grünen auf Tauchstation», und Angelika Beer und Reinhard Kaiser, «Die Grünen und die NATO – Eine Frage, die keine ist», in: Jochen Hippler und Jürgen Maier (Hrsg.), *Sind die Grünen noch zu retten? Krise und Perspektiven einer ehemaligen Protestpartei*, Köln 1988, S. 156-174, 198-223.
- 105 Ehmke u.a., «Verantwortung und Aufgabe», S. 15-16.
- 106 «Entwurf dreier Teile eines Realo-Manifests», Manuskript o.J. (ca. 1986/87), AGG, B.II.1, Sign. 5243.
- 107 Wolfgang Bruckmann und Jürgen Schnappertz, «Überlegungen zu einer Außen- und Friedenspolitik der Grünen», *GBD 5* (1989), S. 18. Siehe auch Jürgen Schnappertz und Wolfgang Bruckmann, «Entwurf für das Realo-Manifest: Teil Außen- und Friedenspolitik», (ca. 1986/87), AGG, B.II.1, Sign. 5243.
- 108 Bruckmann und Schnappertz, S. 18.
- 109 Renate Damus, «Außen- und Friedenspolitik unter realpolitischen Vorzeichen», *GBD 5* (1989), S. 23-25.
- 110 Joschka Fischer, «Jenseits von Mauer und Wiedervereinigung», *taz* (16.11.1989), S. 12-13.